

Kamener Zeitung

Nützliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einpaltigen Diamant-
zeile 15.000 Mark. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe
unserer Preisbedingungen. Adressen und Verlags-
bedingungen der Kamener Zeitung G. m. b. H. in Kamen, Geschäftsstelle:
Kamen, Weststraße 10, Fernsprecher 1.

Vollstrecker für Kamen und Umgebung verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

20 000 Mk. Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Erscheint täglich.
Monatlicher Bezugspreis 2000 Mk. Falls wir in der Heraus-
gabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der
Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung
des Blattes oder auf Wiedergabe des Bezugspreises. Für
die Redaktion verantwortlich: G. Schubert, Kamen.

Nr. 30

Montag, den 5. Februar 1923

51. Jahrgang

Einbruch der Franzosen in Baden.

(TU) Am Sonntag vormittag haben die
Franzosen Offenburg und Appen-
weier in Baden besetzt. In Offenburg wur-
den der Bahnhof, die Post und das Rathaus
sowie die König-Brücke von Kavallerie besetzt.
Da das besetzte Offenburg schon Samstag
abend gemeldet war, konnte noch viel
Eisenbahnmateriale in Sicherheit
gebracht werden. Die Besetzung erfolgte
durch ein starkes Detachement.

Ueber die Besetzung Offenburgs und Umgebung

wird uns von zuverlässiger Stelle noch folgendes
mitgeteilt: Die Hauptwache der Franzosen war
in Offenburg im Gasse zusammengezogen und
wurde mit der Bahn bis Straßburg gebracht.
Französische Eisenbahnbeamte waren bereits im
Laufe des Samstags nachmittag in Offenburg
angekommen. Von Sonntag vormittag 7 Uhr an begann
die Besetzung von Offenburg, Appenweier,
Offenburg und Orlenberg durch starke französische
Truppen, zunächst durch Kavallerie in Be-
gleitung von Panzerwagen und In-
fanterie und Artillerie. Eisenbahn- und
Postverkehr blieben zunächst ungestört. Am 2
Uhr nachmittags wurde aber die Post- und
Telegraphenverbindung nach Straßburg völlig
unterbrochen. Zwischen 11 und 12 Uhr nachmittags
gab der französische Kommandant in Offenburg
den Befehl, die Besetzung der Stadt und Umge-
gend, die vom Oberbürgermeister zusammenge-
rufen waren, einen Befehl bekannt, in
der die Besetzung nachmittags, die Operationen der
französischen Truppen verfolgten keinen militä-
rischen Zweck und richteten sich auch nicht
gegen die Bevölkerung. Sie seien als Sank-
tion gegen gewisse Missetaten anzusehen,
die im Widerspruch zu dem Friedensvertrag
ständen, so u. a. wegen der Einstellung ver-
schiedener internationaler Bünde.

Nachdem die Franzosen in Offenburg einge-
zogen waren, zogen sie ihren Weitermarsch
gegen den Schwarzwald fort, und be-
setzten Orlenberg. Die Besetzung wurde von
französischer Kavallerie mit Panzerautos und
Geschützen durchgeführt. Man nimmt an, daß
die Franzosen die Absicht haben, die Schwarz-
waldbahn zu besetzen. In Offenburg
liegen 800 Franzosen.

Eine französische Baden-Note.

Eine von der französischen Regierung dem
deutschen Geschäftsträger in Paris über den
Einfall in Baden übergebene Note hat fol-
genden Wortlaut: Die deutsche Regierung hat
die internationalen Bünde Paris-Brüssel und
Paris-Wien-Prag vom 30. 1. ab ein-
gestellt und nicht die notwendigen Maßnahmen
getroffen, um den Durchgang der an diese
internationalen Bünde angehängten allierten
Wagen durch das deutsche Gebiet zu sichern.
Diese Tatsache stellt eine Verletzung des Art.
367 des Versailler Vertrages dar. Uebrigens
ist die französische Regierung verpflichtet, jeden
Tag eine neue Verletzung Deutschlands und
eine neue Verletzung des Friedensvertrages fest-
zustellen. So ist der Präsident der inter-
nationalen Schlichtungskommission durch den
deutschen Kommissar offiziell in Kenntnis gesetzt
worden, daß alle Verletzungen für Frankreich
und Belgien eingestuft sind einschließlich derer,
die zur Ausführung des Protokolls von Scapa
Flow gehören. Dieser Akt stellt eine formelle
Verletzung des von Deutschland am 30. 1. 20
unterzeichneten Protokolls dar. Die franzö-
sische Regierung protestiert gegen diese Ver-
letzungen und Versäumnisse, von denen sie für
alle Fälle Kenntnis gibt und hat beschlossen,
die Grenze des Brückenkopfes von Kehl als
Sanktion bis zu den Bahnhöfen von Appen-
weier und Offenburg auszuweiten.

Die deutsche Regierung erwidert in diesem
französischen Vorgehen einen erneuten
Rechtsbruch größter Art, gegen den sie
in energischer Weise zunächst protest erheben
wird. In unterzeichneten Kreisen hält man die
schlecht motivierte Besetzung der genannten Orte
lediglich für einen Vorwand. Den wahren
Grund sieht man darin, daß die Franzosen
versuchen wollen, gesetzmäßigen bei Er-
richtung einer neuen Kontrollstelle
für das Ausland, besonders die Schweiz,
bestimmten Kontrollen zuzusetzen. In
politischen Kreisen glaubt man überdies, den
Gewaltakt für einen Versuch hal-
ten zu müssen, einen Keil zwischen
Nord- und Süddeutschland zu treiben.
Man ist in diesen Kreisen jedoch der
festen Überzeugung, daß dieser Trennungs-
versuch für Deutschland nicht nur eine Stär-
kung seiner Lage dem Ausland gegen-
über bedeuten dürfte.

Die badische Regierung an das Volk.

Die badische Regierung hat am Sonntag
nachmittag einen bis in die Abendstunden wäh-

renden Kabinettsrat abgehalten, der sich ein-
gehend mit der durch die Besetzung Offenburgs
geschaffenen Lage beschäftigte. U. a. wurde be-
schlossen, einen Aufruf an das badische Volk
zu richten, in dem die Erwartung ausgesprochen
wird, daß das Volk sich hinter die
Regierung stellt und daß alle Staats-
bürger die Würde bewahren und Ernst
und Besonnenheit an den Tag legen, die das
höchste Gebot der Stunde sind.

Das badische Kabinettsrat beschloß in einer, unter
dem Vorsitz des Staatspräsidenten Kimmle ab-
gehaltenen Sitzung, daß entsprechend den Wei-
sungen, die die Reichsregierung und die preu-
ßische Staatsregierung ihren Beamten im Ruhr-
gebiet erteilt haben, auch die badische Re-
gierung ihren Beamten Weisung
gibt, keinerlei französischen Be-
fehlen, sondern lediglich den Wei-
sungen ihrer Regierung Folge zu
leisten.

Eine deutsche Antwort an Frankreich.

Die deutsche Regierung hat am Sonn-
abend in Paris eine Antwort überreichen
lassen auf die in der Verbalmnote Frankreichs
und Belgiens angekündigte Sperre weiterer
Sendungen von Kohlen und Holz aus dem
widerrechtlich besetzten Gebiet nach dem west-
lichen Deutschland. In dieser Verbalmnote hatte
sich die französische Regierung weitere Straf-
maßnahmen noch ausdrücklich vorbehalten. In
der deutschen Antwort wird festgestellt, daß
die französische Regierung erneut versucht, die
Verantwortlichkeit zu verlagern, indem sie
berechtigte Wehrmaßnahmen Deutschlands ge-
gen den rechtswidrigen Einbruch in das Ruhr-
gebiet als Anlaß für neue Gewaltmaßnahmen
bezeichnet. In Wirklichkeit liegt der Grund
für den neuen Gewaltakt in dem für Frank-
reich unbefriedigenden Ergebnis des ersten Un-
rechts, jener Ruhrbesetzung, deren Erfolglosig-
keit die französische Regierung zu immer neuem
Unrecht treibt. Durch die Behinderung von
Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet in das
übrige Deutschland füge Frankreich zu den
bereits begangenen Rechtsbrüchen einen weite-
ren hinzu. Die deutsche Antwort legt dann
ausdrücklich fest, daß der Versailler Vertrag unter
keinen Umständen als Rechtsgrundlage für
den Einbruch in das Ruhrgebiet herangezogen
werden kann und kommt in diesem Zusammen-
hang zu dem Schluß, daß die von der
französischen Regierung vollzogene
Kohlenbesetzung eine besonders
schwere Verletzung des Versailler Ver-
trages infolge dessen, als nach Artikel 251
des Vertrages der notwendige Bedarf Deutsch-
lands an Kohlen den Reparationsforderungen
vorgeht und unter allen Umständen gesichert
werden muß. Die Note schließt: „Die fran-
zösische Regierung behauptet in ihrer Note vom
31. Januar, daß die Erzeugung unter den Be-
sätzen des Ruhrgebietes und der Gebiete, auf
dem linken Rheinufer von der deutschen Re-
gierung geschützt werde. Die deutsche Re-
gierung weist sich eins mit der Weltan-
sicht der betroffenen Gebiete, wenn sie er-
klärt, daß die Erzeugung der Belegschaft
ebenso wie die der Bevölkerung allein auf
das völkerrechtswidrige Vorgehen
Frankreichs zurückzuführen ist, und daß
es keines Ansporns der deutschen Regierung
bedürfte, um diese berechtigte und verständ-
liche Erzeugung hervorzuheben.“

Gegen den Versuch ein friedlich ar-
beitendes Volk durch Abschneidung
der lebensnotwendigen Kohlenzu-
fuhr in Arbeitslosigkeit und Elend
zu stürzen, um es zur Anerkennung eines
Rechtsbruchs zu zwingen, erhebt die deutsche
Regierung hiergegen Protest.“

Keine Verhandlungen unter Gewalt.

In den Pariser Blättern ist von einer
deutschen Note die Rede, an die von der
Pariser Presse Schlagfolgerungen geknüpft wer-
den, als ob die deutsche Regierung bereit wäre,
nachzugeben und auf Verhandlungen drängen.
Die Note, die an den Wiederaufbauausschuß
abgegeben ist, gibt keinen Anlaß zu derartigen
Aussagen und Urteilen. Die deutsche Re-
gierung hat in den letzten Tagen dem Aus-
schuß eine Antwort auf die Note erteilt, die ihr
am 3. Januar von diesem übermittelt worden
war. In der Note des Ausschusses war mit-
geteilt worden, daß nunmehr der Londoner
Zahlungsplan unverändert in Kraft trete. In
der deutschen Antwort wurde darauf hinge-
wiesen, daß die deutsche Regierung infolge
des Vertragsbruchs der französischen und
der belgischen Regierung die Folgen aus dem
gegangenen habe und die Leistungen aus dem
Versailler Vertrag an Frankreich und Belgien
eingestellt worden seien. Eine Folgerung derart,
daß die Verpflichtungen überhaupt aufgehört
hätten, sei nicht gezogen worden. Deutschland
werde seine Leistungen wieder aufnehmen, so-
bald der vertragswidrige Zustand
wieder beseitigt sein werde. Damit

ist lediglich die Politik umschrieben, welche die
deutsche Regierung von Anfang an in dieser
Frage eingenommen hat. Die deutsche Re-
gierung ist zu Verhandlungen über eine endgültige
Regelung der Entschädigungsfrage und über die
Zerlegung unserer Leistungen nur unter
der Voraussetzung bereit, daß der
vertragswidrige Zustand rück-
gängig gemacht wird. Im übrigen lehnt
die deutsche Regierung den Wiederaufbau-
ausschuß als solchen in keiner Weise ab, son-
dern erkennt ihn als die Gesamtvertretung der
verbündeten Mächte an, dagegen werden getrennte
Verhandlungen mit einzelnen in dem Ausschuß
vertretenen Mächten abgelehnt.

Eine deutsche Protestnote zurückgereicht.

Die Protestnote der Reichsregierung gegen
die Beschlagnahme der Essener Krankenhäuser
ist dem deutschen Geschäftsträger in Paris zurück-
gereicht worden, weil sie angeblich in unan-
gemessenem Tone gehalten sei und man die
Annahme solcher Noten am Quai d'Orsay ver-
weigern müsse. Das gelte auch für alle (?)
Noten, die die Reichsregierung künftig über-
reichen würde.

Notenwechsel wegen eingestellter Kohletransporte.

(TU) Die französische Regierung hat am
27. 1. der deutschen Botschaft in Paris eine Note
übergeben, worin sie sich über nicht durch-
geführte Kohletransporte aus Mährisch-Odrau
nach Hayingen (Lothringen) beschwert und von
einer Verletzung des Art. 21 des Versailler
Vertrages spricht. Die deutsche Regierung be-
zweifelt in ihrer Antwort vom 1. 2. u. a., daß
Frager Eisenbahnministerium sei rechtzeitig da-
von benachrichtigt worden, daß die Kohletrans-
porte infolge der im deutschen Ruhrgebiet
durch den französisch-belgischen Einbruch in das
Ruhrgebiet hervorgerufenen Verkehrsstörungen
und Verkehrsbeschränkungen zunächst nicht
durchgeführt werden könnten. Die zugesagte
Lieferung weiterer Kohlezüge sei durch neue
Eisenbahnbetriebsstörungen wieder in Frage ge-
stellt worden. Die deutsche Note erwidert die
Verpflichtung zur Gewährung
freien Durchganges für den Güter-
verkehr aus Art. 21 des Versailler Vertrages
an, weist aber darauf hin, daß nach dem
gleichen Artikel der Durchgangsverkehr nur
Anrecht auf gleiche Behandlung wie
der innerdeutsche Verkehr hat. Der
Durchgangsverkehr von Kohlezügen werde, soweit
es sich um betriebsmäßig möglich ist,
wieder aufgenommen werden. Die deutsche Re-
gierung erkenne einen Verstoß gegen Art. 21
nicht an.

Die Lage im Ruhrgebiet.

(TU) Die Lage im Ruhrgebiet ist im all-
gemeinen unverändert. Auf dem Bahnhof Boch-
winkel ist eine französische Wache eingerichtet
worden. In Bochum wurde die Bahn-
hofsanlage von einigen französischen Offizie-
ren besetzt. Auf dem Bahnhof in Schwerte
eingetroffene Franzosen sind nach Vernehmung
der Bediensteten wieder abgerückt. Ein neuer
Grußbefehl des französischen Generals der Be-
satzungstruppen für die Polizeibeamten soll
heute für das neu besetzte Gebiet in Kraft
treten. In mehreren Städten sind Flug-
blätter der Franzosen verteilt worden,
in denen für die Besetzung des Ruhrgebietes
Propaganda gemacht wird. In Neulinghausen
ist ein Flugblatt der Besatzungsbehörde in Vor-
bereitung, in dem u. a. gesagt wird: Frank-
reich habe mit größtem Vergnügen (!) auf die
Erfüllung der von Deutschland übernommenen
Verpflichtungen zur Wiederaufstellung der ver-
stärkten Gebiete gewartet. Die deutsche Re-
gierung treibe eine Finanzwirtschaft der Ver-
geudung. Sie schone die Industriellen und
schöpfe die Arbeiter bis zum Weißbrot. Frank-
reich wolle von den Kapitalisten Pfänder neh-
men, den deutschen Arbeitern jedoch helfen in
ihrem Kampf um ansehnlichen Lohn und um
die Erhaltung der sozialen Gerechtigkeit. — (Die
deutschen Arbeiter kennen jetzt schon zur Genüge
die französische Hilfe und verbitten sich solche.)
In Dortmund-Erd wurde ein für die
Schweiz bestimmter Kohlenzug an-
gehalten und beschlagnahmt. In Dörten und
Wesel wurden Züge, die Kohlen für Hol-
land enthielten, ebenfalls von den Kontroll-
beamten der Entente angehalten und beschlag-
nahmt. Hierzu wird mitgeteilt, daß von Seiten
des holländischen Konsulats in Duisburg be-
kannt gegeben wurde, daß auch die Kohlen,
die per Schiff nach Holland gehen, von den
Kontrollleuten beschlagnahmt werden.

Der Reichskanzler in Essen.

(TU) Reichskanzler Dr. Cuno hat Sonntag
vor- und nachmittag in Essen, Bochum und
Dortmund im Kreise von Vertretern der ver-
schiedenen Bevölkerungsgruppen eingehende Aus-
sprachen gepflogen. Abends verließ der Kanzler
wieder das Ruhrgebiet. Die Besprechun-
gen ergaben volle Uebereinstimmung über die
Notwendigkeit des geschlossenen gewaltlosen Wi-
derstandes gegen den Einbruch des französi-
schen Imperialismus und Kapitalismus, wie

auch über die wirtschaftlichen und sozialen
Maßnahmen, die zur Überwindung der in-
folge des Einbruchs drohenden Schwierigkeiten
und Gefahren geboten sind.

Vormarsch ins Wuppertal.

Die Besetzung von Koblentz war nur
der Anfang einer Besetzung des
Wuppertales, die von einem neu anrollen-
den elässischen Armeekorps vorgenommen wer-
den soll. Man rechnet zunächst mit der Be-
setzung von Elberfeld. Daran anschließend
sollen im Laufe der Woche Wermels, Ha-
gen, Jerner Anna und Hamm besetzt wer-
den. In Hagen am Main wollten die Fran-
zosen einen Zollgrenzbahnhof einrichten und
die Güterzüge anhalten. Daraufhin sind die
Eisenbahner geschlossen in den Streik getreten.
In Koblentz fand aus Anlaß der Verhaftung
und Ausweisung des Oberpräsidenten der
Rheinprovinz, der von den Franzosen nach
Frankfurt am Main gebracht worden ist, ein
geschlossener einseitiger Proteststreik statt.
Sämtliche Behörden, Angestellte und Arbeiter
von Koblentz nahmen daran teil. Jeder Ver-
kehr ruhte, die Geschäfte waren geschlossen. —
Die Zahl der Ausweisungen ist wieder durch
neue vermehrt.

Schießerei in Essen und Bochum.

(TU) Samstagabend 7.45 Uhr kam es
in Essen zu Schießereien. Nach einer kom-
munikativen Versammlung im Saalbau zogen
dort die Gruppen nach dem Bahnhof, wo sich
auf dem Bahnhofsbahnhof ein starker Menschen-
auflauf bildete. Obwohl die französischen
Posten durch Schuttpolizei vollkommen frei ge-
halten wurden, brachten sie doch ein Ma-
schinengewehr in Stellung und gab-
en einige Maschinengewehrschüsse
ab. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte,
sind Menschen nicht verletzt worden.

Im Bochumer Stadtteil Brönsche wurde
nachts gegen 12 Uhr die Familie Kromberg
plötzlich durch Maschinengewehrfeuer
erschreckt. Gleich darauf schlug auch schon
eine Kugel durch das Fenster des Nebenzim-
mers, drang durch die Wand in das Wohnzim-
mer und prallte an der gegenüberliegenden
Wand über dem Kopf der Tochter ab. Ein
zweiter Schuß drang ins Obergeschoß. Er kam
gleichfalls durch das Fenster. Das Geschöß
blieb im Flur liegen. In diesem Vorgehen des
französischen Postens, der vor dem Hause der
Wirtin Beder stand, lag kein Anlaß vor.
Die Straße war vollständig ruhig. Der Posten
soll jedoch behauptet haben, es wäre ein Schuß
gefallen.

Ein deutsches Mädchen in Bilk erschossen.

(TU) Wie der Tempus aus Düsseldorf meldet,
hat dort gestern ein französischer Unteroffizier
ohne Grund auf dem Bahnhof Bilk ein kleines
Mädchen erschossen und ein anderes schwer ver-
letzt.

Wegen der Erschießung des Schulkinders
Haumann in Brechten hat der
Vertreter des Landrats des Landkreises
an den General der 11. Division eine ausführ-
liche Eingabe gerichtet, in der er u. a. anführt:
„Die Aussage des Postens, er habe in der
höchsten Gefahr gehandelt, und habe erst nach Ab-
gabe von Warnungsschüssen geschossen, scheint nach
der Aussage eines an der Haltestelle der
Straßenbahn wartenden Augenzeugen zumi-
dest sehr zweifelhaft. Es war durch-
aus nicht nötig, daß der Posten den Mann, der
5 Schritte entfernt von ihm stand, einfach nieder-
schöß. Er hätte sich seiner vielmehr mit dem
ausgeplanten Seitengewehr mit Leichtigkeit er-
wehren können, denn Haumann hatte nicht einen
einzigen Gegenstand in der Hand. Der Posten
hat ohne nähere Prüfung gleich darauf losge-
schossen. Den Posten trifft daher, wenn er nicht
den Schuß vorzüglich abgegeben hat, zumindest
der Vorwurf der größten Fahrlässigkeit. Daß im
übrigen die in Braubauer liegenden Truppen
nicht so besonnen und ruhig sind, wie man es
dargelegt hat, ergibt sich aus einem Vor-
gang am 28. Januar, abends um 6 Uhr. Zwei
Bergleute aus Braubauer wurden von
französischen Soldaten festgenommen und zur
Wachstube gebracht. Da dort aber festgestellt
wurde, daß sie sich in friedlicher Absicht
auf dem Wege zur Arbeit befunden hätten,
mussten sie wieder entlassen werden.“

Schwere Artillerie bei Bochum eingebaut.

(TU) In Etapel bei Bochum haben die
Franzosen schwere Artillerie eingebaut. Das
Verhalten der Bevölkerung ist nach wie vor
unverändert. Der Betriebsrat der Schächte 6
und 7 der Zeche Konstantin kündigte für den
Fall der Verhaftung von Mitgliedern aus dem
Betriebsrat und der Verhaftung sofortigen passi-
ven Widerstand an.

Stimme vor der Thür erscholl.

(Fortsetzung folgt.)

Stehdem wir uns seit ihrer Gabe

erfahren sich ergeben.

1108 1222

Damen.

hast festzuhalten versuchen,
und ihre Gleider als Stütz-

Definite concerning/aaa/|at antic Duller.

gar. Soll der Mittel-|covenantus uns zunge zu rufen. Damit du aber leimes-| hat das beste ist

erforderter Schutzeinrichtung eingefügt.

Series perloren.